

*Scott Ritter, ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des U.S. Marine Corps und UN-Waffeninspekteur, beschäftigt sich mit dem Report einer UN-Sonderberichterstatterin, aus dem hervorgeht, dass die USA mit dem Drohnenmord an dem iranischen General Soleimani das Völkerrecht gebrochen haben.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 064/20 – 14.08.20

## **Eine UN-Sonderberichterstatterin hat festgestellt, dass die USA mit der Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani das Völkerrecht gebrochen haben**

### **Das trifft zu, wird aber trotzdem keine Konsequenzen haben**

Von Scott Ritter

Information Clearing House, 08.07.20

( <http://www.informationclearinghouse.info/55322.htm> )

**Für die USA hat das Völkerrecht keine Geltung. Washington ist der Ansicht, dass sich nur andere Staaten daran halten müssen, die USA selbst aber nicht. Deshalb ist die zutreffende Feststellung der UN-Sonderberichterstatterin eigentlich nur frustrierend, weil sie keinerlei Konsequenzen haben wird.**

Auf dem Papier liest sich das sehr gut: "*Bei einem einzelnen Drohnenangriff, bei dem ein oder zwei Autos ins Visier genommen wurden, starben 10 Personen – in einem Staat, der keinen Krieg mit den USA hat und dessen Menschen völlig unvorbereitet auf diesen Überfall waren.*"

Mit diesen Worten beschrieb Agnès Callamard (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Agn%C3%A8s\\_Callamard](https://de.wikipedia.org/wiki/Agn%C3%A8s_Callamard)), die UN-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen, die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani in einem Bericht [s. [https://www.jurist.org/news/wp-content/uploads/sites/4/2020/07/A\\_HRC\\_44\\_38\\_AUV.pdf](https://www.jurist.org/news/wp-content/uploads/sites/4/2020/07/A_HRC_44_38_AUV.pdf)] für den UN-Menschenrechtsrat (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Menschenrechtsrat>).

In Frau Callamards Bericht geht es um außergerichtliche willkürliche Tötungen, insbesondere um gezielte Tötungen mit bewaffneten Drohnen. Sie hat festgestellt, dass solche Tötungen auch durch Einsatzkommandos von Spezialkräften durchgeführt werden und dass die Erkenntnisse, zu denen sie in ihrem Bericht gekommen ist, auch dafür und für alle anderen Arten von gezielten außergerichtlichen Tötungen gelten. (s. dazu auch <https://www.rt.com/news/493987-un-rapporteur-soleimani-killing-illegal/>).

In ihrem Bericht hat Frau Callamard "die gezielte Tötung", das heißt die Ermordung des Generals Soleimani, als "den ersten bekannt geworden Mord an einem staatlichen Repräsentanten bezeichnet", den die USA auf dem Territorium eines anderen Staates begangen und als Selbstverteidigung gerechtfertigt haben; damit hätten sie "gegen den nach Artikel 2(4) der UN-Charta verbotenen Einsatz von Gewalt verstoßen".

Der Artikel 2, Absatz 4 lautet: "*Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.*" (s. <https://unric.org/de/wp-content/uploads/sites/4/2020/01/charta-1.pdf>)

Frau Callamard ordnete die Ermordung Soleimanis durch eine US-Drohne als "willkürliche Tötung" ein und wies die Behauptung der US-Regierung zurück, der Drohnenangriff sei eine "Reaktion auf eine ganze Reihe eskalierender bewaffneter Angriffe des Irans in den letzten Monaten" gewesen, weil kein einziger dieser behaupteten Angriffe belegt worden sei.

Frau Callamard stellte fest, es habe zwar vereinzelte iranische Aktionen gegeben, dabei habe aber keine Eskalation stattgefunden. Außerdem hätten die USA die "territoriale Integrität des Iraks" verletzt, weil der Angriff auf Soleimani ohne das Einverständnis des Iraks erfolgt sei.

Frau Callamard hat in ihrem Bericht auf das Völkerrecht Bezug genommen, ist aber auch auf Urteile höherer Gerichte einzelner Staaten eingegangen, in denen festgestellt wurde, dass Staaten dazu verpflichtet sind, die Menschenrechte auch außerhalb ihres eigenen Territoriums zu achten. **(Auf Seite 9 ihres unter [https://www.jurist.org/news/wp-content/uploads/sites/4/2020/07/A\\_HRC\\_44\\_38\\_AUV.pdf](https://www.jurist.org/news/wp-content/uploads/sites/4/2020/07/A_HRC_44_38_AUV.pdf) aufzurufende Berichtes zitiert sie auch aus dem Urteil des OVG Münster zur Beteiligung der US Air Base Ramstein an US-Drohnenangriffen im Jemen, das unter <https://openjur.de/u/2170527.html> zu finden ist.)** Außerdem wies Frau Callamard darauf hin, dass der UN-Menschenrechtsrat, für den ihr Bericht verfasst wurde, festgestellt hat, alle Staaten seien "dazu verpflichtet, das Recht auf Leben, das alle Menschen haben, nach Möglichkeit auch bei Personen zu respektieren, die Ziel militärischer Angriffe sind. Das gelte auch bei Drohnenangriffen auf Personen und für die Staaten, die sie durchführen.

**Frau Callamard kritisierte auch, dass sich immer noch Gerichte weigern, extraterritoriale Tötungen durch Drohnen zu verurteilen, "weil diese aufgrund politischer Entscheidungen erfolgten, die internationale Beziehung zwischen Staaten betreffen und deshalb nicht justitiabel seien". Frau Callamard wies diese Begründung zurück, weil sie "anerkannte Prinzipien des Völkerrechts, Verträge, Konventionen und Protokolle verletze, die das Recht auf Leben und seinen Schutz garantieren.**

Frau Callamard wies außerdem die von den USA vorgebrachte Rechtfertigung des Mordes an Qasem Soleimani mit der Selbstverteidigungsklausel in Artikel 51 der UN-Charta (s. [http://unsere.de/artikel\\_51\\_unochartha.htm](http://unsere.de/artikel_51_unochartha.htm) ) zurück: "Selbst die Rechtmäßigkeit eines Angriffs nach Artikel 51 der UN-Charta befreit den Angreifer nicht von der notwendigen Einhaltung der Menschenrechte."

Frau Callamard machte auch darauf aufmerksam, dass nach internationalem Rechtsverständnis das Recht auf Selbstverteidigung nur bei einer tatsächlich bestehenden Bedrohung geltend gemacht werden kann. Weil es im Fall Soleimani keine direkte Bedrohung für die USA gab, habe der US-Drohnenangriff auch den Artikel 6 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (abgekürzt ICCPR, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Pakt\\_über\\_bürgerliche\\_und\\_politische\\_Rechte](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Pakt_über_bürgerliche_und_politische_Rechte) ) verletzt, der "willkürliche Lebensberaubung" verbiete.

Letztendlich bleibt der Bericht der UN-Sonderberichterstatterin aber trotz seiner stichhaltigen Begründungen eine frustrierende, weil folgenlose Bemühung.

**Wenn Gesetze wirksam werden sollen, müssen sie durchsetzbar sein, und durchgesetzt werden können sie nur durch eine allgemein anerkannte Rechtsprechung. Die Feststellung, dass die USA mit dem außergerichtlichen und extraterritorialen Mord an General Soleimani unter anderem gegen den Artikel 6 des ICCPR verstoßen haben, ist e i n e Sache, aus dieser Feststellung mehr als moralische Vorwürfe abzuleiten, ist eine a n d e r e.**

Eigentlich sollte das nicht so schwierig sein, denn immerhin heißt es in Artikel VI, Absatz 2 der US-Verfassung (s. <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf>):

*"Diese Verfassung, die in ihrem Verfolg zu erlassenden Gesetze der Vereinigten Staaten sowie alle im Namen der Vereinigten Staaten abgeschlossenen oder künftig abzuschließenden Verträge sind das oberste Gesetz des Landes, und die Richter in jedem Einzelstaat sind ungeachtet entgegenstehender Bestimmungen in der Verfassung oder den Gesetzen eines Einzelstaates daran gebunden."*

Verträge sind also vom US-Kongress beschlossenen Gesetzen gleichgestellt. Außerdem hat der US-Senat den am 16. Dezember 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen und am 5. Oktober 1977 von den USA unterzeichneten Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert [s. <https://www.congress.gov/treaty-document/95th-congress/20/resolution-text> ]. Der Artikel 6 des ICCPR müsste also auch für die USA gelten.

Das sollte man meinen, aber der US-Senat hat diesen Pakt nur mit einer ganzen Reihe von Einschränkungen ratifiziert – darunter auch die folgende: *"Die Vereinigten Staaten erklären, dass die Bestimmungen der Artikel 1 bis 27 dieses Paktes nicht 'self executing' sind"*. (Das heißt eigentlich, dass daraus keine unmittelbaren Rechte und Pflichten für das Individuum erwachsen, s. dazu auch <http://www.rechtslexikon.net/d/self-executing-regeln/self-executing-regeln.htm> .)

Der US-Senat interpretiert diese Einschränkung aber so, dass einzelne Bestimmungen, des ICCPR, also auch sein Artikel 6, erst dann für die USA gelten, wenn der Kongress das ausdrücklich akzeptiert.

Dazu hat der U.S. Supreme Court (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster\\_Gerichtshof\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Gerichtshof_der_Vereinigten_Staaten) ) einmal angemerkt: *"Ein Vertrag ist in erster Linie eine Vereinbarung zwischen unabhängigen Nationen. Die Einhaltung seiner Bestimmungen hängt von den Interessen und dem Ehrgefühl der Regierungen ab, die ihn geschlossen haben."* [s. <https://www.law.cornell.edu/constitution-conan/article-2/section-2/clause-2> ]

**Die Chance, dass der US-Kongress die Feststellung der UN-Sonderberichterstatterin, die USA hätten mit der Tötung Soleimanis gegen den Artikel 6 des ICCPR verstoßen, jemals akzeptieren wird, ist gleich null. Daran hat der Kongress überhaupt kein Interesse, und wer glaubt, im US-Kongress etwas wie Ehrgefühl finden zu können, sollte besser in einem Bordell danach suchen.**

**Die von der US-Verfassung vorgeschriebene Bindung an das Völkerrecht wäre nur relevant, wenn sie auch von der US-Bevölkerung akzeptiert und eingefordert würde. Die vom US-Kongress beschlossenen Gesetze haben die Menschenrechte der Bürger der USA und der ganzen Welt aber schon so weit eingeschränkt, dass weder das Völkerrecht noch die US-Verfassung in der Realität irgendeine Bedeutung haben.**

Aber nicht nur dem US-Kongress sind die auch mit seiner Zustimmung begangenen Drohnenmorde gleichgültig. "Heute spielen gezielte Tötungen auch in der weltweiten öffentlichen Diskussion kaum noch eine Rolle," hat Frau Callamard in ihrem Bericht festgestellt. "Der Sicherheitsrat kümmert sich nicht mehr darum, und die internationale Gemeinschaft verhält sich aus Absicht oder Gleichgültigkeit ebenfalls ruhig. Das kann nicht länger hingenommen werden."

Vor diesem Hintergrund erhält die folgende Aussage der Frau Callamard eine viel höhere Dringlichkeit: "Die gezielte Tötung des Generals Soleimani ist angesichts der nun schon 20 Jahre andauernden Missachtung des Völkerrechts und wiederholter massiver Verletzungen der Menschenrechte nicht nur ein weiterer Schritt auf dem schlüpfrigen Weg zum Abgrund. Jetzt stehen wir unmittelbar davor."

*Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des U.S. Marine Corps. Er hat als Inspekteur die Einhaltung des INF-Vertrages in der Sowjetunion überwacht, während des Golfkrieges dem Stab des Generals Schwarzkopf angehört und war von 1991 bis 1998 als Waffeninspekteur für die Vereinten Nationen tätig. Folgen Sie ihm auf Twitter unter @RealScottRitter.*

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://en.wikipedia.org/wiki/Scott\\_Ritter](https://en.wikipedia.org/wiki/Scott_Ritter) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



## **The UN has found that the US murder of Qassem Soleimani broke international law.**

### **It's right, but nothing will happen as a result**

By Scott Ritter

July 08, 2020

For America, international law has no meaning. In Washington's view, it applies to other countries, but not to them. Sadly, this well-reasoned UN declaration is simply an exercise in frustration and irrelevance.

On paper, it sounds very copesetic: "... a single strike, one or two cars targeted, 10 individuals killed, in a non-belligerent country, surrounded by people unaware of and unprepared for an international armed conflict."

With these words, Agnes Callamard, the United Nations Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, described the assassination of Qassem Soleimani in a report submitted to the Human Rights Council.

Callamard's report covered the broad topic of 'Extrajudicial, summary or arbitrary executions', and focused in particular on the use of armed drones for targeted killing. She observed that such acts are carried out by conventional means, such as Special Operations Forces, and as such her report "contains findings applicable to all forms of targeted killings, no matter their method."

Also on rt.com US violated UN Charter with drone strike on Soleimani – UN rapporteur on extrajudicial executions

In her report, Callamard singled out the assassination (i.e., "targeted killing") of General Soleimani as "the first known incident in which a State [e.g., the US] invoked self-defense

as a justification for an attack against a State-actor, in the territory of another state, thus implicating the prohibition on the use of force in Article 2(4) of the UN Charter.” It declares that “All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.”

Callamard labeled the killing of Soleimani by a US drone strike an “arbitrary killing,” noting that while the US claimed that the strike was in response to an “escalating series of armed attacks in recent months” by Iran, the US claim “fails to describe even one ongoing attack.”

Instead, Callamard describes a series of separate and distinct attacks which are not, in and of themselves, escalating, related in time or at all. Moreover, by attacking Soleimani on Iraqi soil without the consent of Iraq, the US violated Iraq’s “territorial integrity.”

Callamard couches her case in the language of international law, noting that various international courts have “established that human rights treaty obligations can apply in principle to the conduct of a State outside its territory.” Moreover, as Callamard points out, the Human Rights Committee to whom she reports “has established that a State party has an obligation to respect and to ensure the right to life of all persons whose right to life is impacted by its military or other activities in a direct and reasonably foreseeable manner.” This obligation, Callamard argues, applies to drones strikes and their targets, which fall within the jurisdiction of the state operating the drone.

As Callamard notes, to date there is a refusal on the part of courts of jurisdiction to provide oversight regarding extra-territorial killings by armed drones, noting that “such matters are political, or relate to international relations between states and thus are non-justiciable.” Callamard rejects this excuse, noting that it “cannot be reconciled with recognized principles of international law, treaties, conventions, and protocols, and violates the rights to life and to a remedy.”

Callamard says that the US, in justifying the assassination of Qassem Soleimani, cites the self-defense clause of Article 51 of the UN Charter. But, as she points out, “even the legality of a strike under Art. 51 of the UN Charter does not preclude its wrongfulness under humanitarian or human rights law.”

International jurisprudence, as Callamard observes, suggests that self-defense could only be invoked against a threat that is already there. Void of such an imminent threat, the US action operates in violation of Article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), which prohibits “arbitrary deprivations of life.”

At the end of the day, however, the Special Rapporteur’s report is, for all practicalities and solid reasoning, an exercise in frustration and irrelevance.

For laws to have any effect, they must be enforceable, and to be enforceable there must be jurisdiction. To decide that the US, through its extrajudicial and extraterritorial assassination of Soleimani, was in violation of Article 6 of the ICCPR is one thing; turning that decision into anything other than an act of moralistic chest-thumping is another.

One would think it should not be this way. After all, Article VI, paragraph 2 of the US Constitution makes treaties the supreme law of the land on the same footing with acts of Congress. The US Senate provided its advice and consent to the ratification of the International Covenant on Civil and Political Rights, which had been adopted by the United Nations General Assembly on December 16, 1966, and signed on behalf of the US on October 5, 1977. Simply put, Article 6 of the ICCPR is the law of the land.

Not so fast. Senate ratification was contingent upon a number of “Reservations, Understandings, Declarations and Proviso,” including one which declared that “the United States declares that the provisions of Articles 1 through 27 of the Covenant are not self-executing.”

As such, regardless of whether issues pertaining to the entry into and ratification of the IC-CPR make it sufficient to imbue its provisions as the “law of the land,” the fact that the US Senate expressly indicated that certain provisions of the ICCPR not to be self-executing means that Article 6 of the ICCPR cannot be seen as standing alone as the equivalent to an act of the legislature, but rather requiring a subsequent act of Congress before its provisions can be put into effect.

As the US Supreme Court once observed, “A treaty is primarily a compact between independent nations. It depends for the enforcement of its provisions on the interest and the honor of the governments which are parties of it.”

The odds of the US Congress stepping up and enacting legislation that would confer legitimacy to the Special Rapporteur’s finding that the US acted in violation of Article 6 of the ICCPR when killing Soleimani are zero; it is not in the interest of Congress to do so, and anyone searching for a semblance of honor within Congress would have better odds canvassing a brothel.

International law, like the Constitution which imbues it with relevance as far as the US is concerned, only possesses the meaning and legitimacy that a society is willing to vest in it. The US, acting on legislation passed by Congress, has engaged in a whittling away of the rights and protections afforded to Americans and world citizens to the point that neither international law nor the Constitution have much meaning anymore.

It is not just the US Congress that has lost its voice when it comes to expressing moral outrage against the murder done in its name. “To date drones’ attacks and targeted killings are not the object of robust international debates and review,” Callamard concludes in her report. “The Security Council is missing in action; the international community, willingly or not, stands largely silent. That is not acceptable.”

Seen in this light, the words of Callamard take on a whole new level of urgency. “[T]he targeted killing of General Soleimani, coming in the wake of 20 years of distortions of international law, and repeated massive violations of humanitarian law, is not just a slippery slope. It is a cliff.”

*Scott Ritter is a former US Marine Corps intelligence officer. He served in the Soviet Union as an inspector implementing the INF Treaty, in General Schwarzkopf’s staff during the Gulf War, and from 1991-1998 as a UN weapons inspector. Follow him on Twitter @RealScottRitter*

<http://www.luftpost-kl.de/>

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**